

Bentele warnt: Sozialbeiträge steigen massiv ohne staatliche Reformen!

Verena Bentele fordert am 21.04.2025 Entlastungen bei der Sozialversicherung zur Vermeidung steigender Beiträge. Jetzt lesen!



Bayern, Deutschland - Die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, hat heute eindringlich vor möglichen Beitragserhöhungen bei der Kranken- und Pflegeversicherung gewarnt. In einem aktuellen Bericht auf PNP nennt sie die unvollständigen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag als besorgniserregend. Bentele fordert, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben zukünftig über Steuermittel und nicht über die Sozialversicherungstöpfe finanziert werden sollten.

Jährlich werden etwa 70,8 Milliarden Euro aus den Sozialversicherungen entnommen, die eigentlich dem Bundeshaushalt zugutekommen sollten. Laut Bentele müsste

eine sachgerechte Finanzierung die Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer um 4,19 Prozent senken. Sie kritisiert zudem, dass die Pflegeversicherung 5,9 Milliarden Euro für Corona-Maßnahmen aufgebracht hat, welche der gesamten Gesellschaft zugutekamen, und plädiert für ein Ende dieser Praxis.

Dringender Handlungsbedarf

Bentele macht deutlich, dass die neue Regierung schnell handeln müsse, um einem massiven Anstieg der Beitragssätze bei der Kranken- und Pflegeversicherung entgegenzuwirken. Die Koalitionspartner haben im Gegensatz dazu keine konkreten Ideen zur Vermeidung finanzieller Belastungen für Beitragszahler präsentiert. Diese Unsicherheit könnte für viele Menschen und Familien in Deutschland gravierende finanzielle Auswirkungen haben.

Das deutsche Sozialversicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Versicherungspflicht. Im Wesentlichen sind die meisten Beschäftigten versicherungspflichtig, mit Ausnahmen für Selbstständige und Beamte. Dies bedeutet, dass sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer in die Sozialversicherungssysteme einzahlen. Diese Beiträge, die sich nach dem Einkommen richten, werden solidarisch verteilt. Das System umfasst fünf Hauptsparten der Sozialversicherung: Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung und Pflegeversicherung.

Solidaritätsprinzip im Fokus

Das Solidaritätsprinzip ist dabei zentral: Alle Versicherten zahlen ein, unabhängig von der Inanspruchnahme von Leistungen. In der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es einen einheitlichen Beitragssatz, der in den Gesundheitsfonds fließt, ergänzt durch mögliche Zusatzbeiträge einzelner Krankenkassen. Im Gegensatz dazu legen private Krankenkassen ihre Beiträge individuell fest, basierend auf Faktoren wie Alter und Vorerkrankungen.

Die Sozialversicherungen in Deutschland bieten wesentlich mehr als nur einen finanziellen Schutz im Krankheitsfall.

Beispielsweise sichern die Leistungen der Arbeitslosenversicherung den Verdienstausfall nach einem Arbeitsplatzverlust und unterstützen Betroffene aktiv bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Die gesetzliche Rentenversicherung hingegen garantiert einen lebenslangen Schutz bei Erwerbsminderung, Alter und Tod.

Angesichts der herausfordernden wirtschaftlichen Bedingungen ist es unerlässlich, dass auch die Sozialversicherungssysteme nachhaltig finanziert werden. Der Bedarf an sozialer Absicherung wird nicht geringer, und umso wichtiger ist es, dass die vorgeschlagenen Reformen von der Regierung zügig umgesetzt werden, um die gesamte Bevölkerung zu entlasten.

Wie Bentele fordert, sollte der Staat nicht über den Sozialversicherungstopf finanziert werden, um Zukunftsgenerationen vor übermäßigen Beitragslasten zu schützen. Das muss zum Ziel der kommenden Diskussionen und politischen Maßnahmen werden.

Bentele schließt mit einem dringenden Aufruf an die Verantwortungsträger: „Wir benötigen jetzt Druck für eine grundlegende Reform, die die Sozialversicherungen auf eine nachhaltige Finanzierungsbasis stellt.“

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Bayern, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.pnp.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de